AZ: IV 61-26-203

Drucksache Nr.: 0554/2008/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Bau-, Planungs- und Umwelt- ausschuss	06.05.2010	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

OBM

Verhandlungsgegenstand:

**Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 203
"Dorfkamp / Krummacker"**

- **Billigung des Satzungsentwurfs**
- **Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

A n t r a g :

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vom 05.03.2010 - 09.04.2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Umfang und der Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB bestätigt.
3. Der Entwurf der Satzung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 203 „Dorfkamp / Krummacker“ (Bereich Roschdohler Weg / Hans-Böckler-Allee / Prof.-Graf-Straße / Ernst-Reuter-Platz / Krummacker / Trakehner Straße / Berliner Straße) im Stadtteil Einfeld sowie die dazugehörige Begründung einschließlich des Umweltberichts werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.

Die Aufhebung des unwirksamen Bebauungsplanes dient der Beseitigung des von ihm ausgehenden Rechtsscheins.

4. Der Entwurf der Satzung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 203 „Dorfkamp / Krummacker“ mit der dazugehörigen Begründung einschließlich des Umweltberichts sowie die vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch öffentlich auszulegen; die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Finanzielle Auswirkungen:

Allgemeine Verwaltungskosten

B e g r ü n d u n g :

Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 02.03.2010 beschlossen, für den im Jahre 1963 aufgestellten Bebauungsplan Nr. 203 „Dorfkamp / Krummacker“ im Stadtteil Einfeld ein Aufhebungsverfahren durchzuführen, da dieser Bebauungsplan aus heutiger Sicht als weitgehend funktionslos anzusehen ist.

Für die Aufhebung von Bebauungsplänen ist gemäß § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) die Durchführung vollständiger Bauleitplanverfahren erforderlich. Den Bestimmungen des Baugesetzbuches folgend, wurde eine frühzeitige Beteiligung der Fachbehörden und städtischen Fachdienste durchgeführt. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde dagegen gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 BauGB verzichtet, da die Aufhebung zu keiner wesentlichen Änderung der bestehenden Rechtssituation führt und insoweit nur geringfügige Auswirkungen auf das Plangebiet und seine Umgebung hat.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurden keine inhaltlichen Stellungnahmen zu der Planungsabsicht vorgebracht (siehe anliegende Übersicht). Auf der Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes sollen nunmehr die Verfahrensschritte der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden.

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Satzungsentwurf
- Begründung einschl. Umweltbericht
- Übersicht über die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung (Scoping) vorgebrachten Stellungnahmen mit Berücksichtigungsvorschlägen der Verwaltung